



# Workshop I: Open Space Live-Protokoll der Veranstaltung

Masterplan Mitte Altona - reden Sie mit!

Workshop am 13. August 2011

# Mitte Altona

## Workshop I: Open Space – Live-Protokoll der Veranstaltung

Ort: Louise Schroeder Schule, Thedestrasse 100

Moderation: Markus Birzer  
Protokoll: Christian Heinrich

Beginn: 10:15 Uhr  
Ende: 16:15 Uhr

Anmerkung:  
Die Präsentation zur Veranstaltung findet sich unter:  
<http://www.hamburg.de/start-buergerdialog/>

Markus Birzer begrüßt die Teilnehmer der Open Space Veranstaltung.

Er hat die Aufgabe übernommen, den Workshop zu moderieren. Er wurde seitens der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt beauftragt, zusammen mit Herrn Prof. Dr. Gessenharter die Bürgerbeteiligung innerhalb des Verfahrens zu stärken.

Zur Methode Open Space erklärt er, dass diese von einem US-Amerikaner erfunden worden sei, der viele Tagungen durchgeführt hatte und diese auch ausgewertet habe. Dort sei immer wieder gesagt worden, dass die Kaffeepause am produktivsten gewesen sei. Er habe die Kaffeepause daher zur Tagungsform weiterentwickelt. Open Space sei eine selbstbestimmte Tagungsform mit wenigen Regeln: Die erste Regel sei, dass die Teilnehmer das Sagen haben; es handle sich also um eine selbstbestimmte Veranstaltungsform. Heute gebe es acht Arbeitsbereiche, um Themen gemeinsam zu besprechen. Die weiteren Regeln sollen später erläutert werden. Eine stärkere Form der Beteiligung sei immer wieder gewünscht worden, dem solle entsprochen werden.

Markus Birzer verschafft sich mittels eines sogenannten Soziogramms einen Überblick über die Zusammensetzung der Workshop-Teilnehmer:

- Wer war zum ersten Mal dabei: 10–12 Teilnehmer
- Wer war bei allen Veranstaltungen dabei: 10 Teilnehmer
- Wer würde gerne im künftigen Gebiet wohnen: 15 Teilnehmer
- Wer ist von offizieller Seite dabei: 15–20 Teilnehmer
- Wo ist seitens der Politik dabei: 1 Teilnehmerin (stellv. Fraktionsvorsitzende der SPD in der Bürgerschaft)

Herr Birzer weist auf das Live-Protokoll während der Veranstaltung hin und erklärt, dass Berichtigungen des Live-Protokolls im Laufe der Veranstaltung erwünscht seien. Anschließend stellt Markus Birzer den Zeitplan für den Tag vor und übergibt für ein Grußwort an den Oberbaudirektor, Herrn Professor Jörn Walter.

Herr Prof. Walter erklärt, dass das Projekt für Hamburg sehr bedeutend sei. Als Grund nennt er nicht nur die Größe der Fläche. Nach den Ankündigung der Bahn, den Fernbahnhof zu verlegen

und der Entscheidung von der Holsten-Brauerei, Flächen zur Verfügung zu stellen, ergebe sich hier eine Chance für Hamburg. Im Bereich des Wohnungsbaus gebe es erhebliche Defizite. Man benötige Flächen, die schnell bebaut werden können. Hier ergibt sich eine solche Chance. Es gibt zwei Phasen: die Entwicklung der brachliegenden Fläche und die Entwicklung der noch von der Bahn benutzten Fläche. Man suche also das Gespräch mit Eigentümern und Anwohnern. Man verfolge nun ein intensiveres Beteiligungsverfahren, um Wünsche und Ideen in das Masterplanverfahren einfließen zu lassen. Dialogische Interviews, die bereits stattgefunden haben, sollten Wünsche und Sorgen erfassen. Herr Prof. Gessenharter werde die Ergebnisse vorstellen.

Markus Birzer leitet über zur Präsentation von Herrn Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter.

Herr Prof. Gessenharter fragt zuerst ab, wer von den Teilnehmenden der Dialogischen Interviews heute anwesend sei. Dies waren rund zehn der Anwesenden.

Prof. Gessenharter präsentiert die Ergebnisse der Dialogischen Interviews (für Einzelheiten der Ergebnispräsentation vgl. auch die Präsentation unter <http://www.hamburg.de/start-buergerdialog/>).

Die durchschnittliche Länge der Interviews habe ca. 60 Minuten betragen, einzelne Interviews hätten aber auch einige Stunden gedauert.

Prof. Gessenharter beschreibt die Ziele der Interviews. Eine Feedbackschleife soll gewährleisten, dass alles richtig aufgenommen wurde.

Teilnehmer der Interviews waren Vertreter von Initiativen, Anwohnern, Gewerbetreibenden, Grundeigentümern, Bezirk, Politik (alle fünf Fraktionsvorsitzende) sowie Vertreter der Projektgruppe der BSU, der Bezirksverwaltung und benannte Experten.

Herr Prof. Dr. Gessenharter beschreibt die Themenschwerpunkte der Interviews, erläutert die Inhalte und Ergebnisse.

Kernpunkt eines Konflikts sei der Faktor Zeit. Vielen gingen die Planungen zu schnell und es gäbe zu wenig Beteiligung. Andere sagten hingegen, es sei schon zu viel Zeit vergangen. Mangelnde Transparenz und mangelnde Information seien angeprangert worden. Sehr konflikthaltig seien auch die sozialen Themen (siehe Präsentation).

Bei der Darstellung der Akteurskonstellationen merkt Prof. Gessenharter an, dass Selbsteinschätzung und Fremdeinschätzung sich offenbar nur sehr wenig unterschieden hätten. Prof. Dr. Gessenharter beschreibt die „Akteurslandschaft“ (s. Präsentation).

Es sei auch auf einer Skala von 0 bis 100 erfragt worden, wie hoch das Vertrauen der Akteure untereinander eingeschätzt werde? Im Schnitt habe man nur 25–30 genannt, keiner der Interviewpartner habe mehr als 50 angegeben.

Anschließend geht Herr Prof. Gessenharter auf das Themenfeld Beteiligung ein.

Es gebe eine Reihe von Teilkonflikten zwischen verschiedenen Akteuren. Weitestgehend gehe es um Interessenkonflikte. Aber es gebe auch Tendenzen zu Normen-Konflikten, die schwer zu bewältigen sind. Er erläutert, was er unter einem Normen-Konflikt versteht: Ein Akteur hält die Haltung oder Meinung des anderen für illegitim. Die Folge sei Unvereinbarkeit der Positionen.

Markus Birzer bittet um Anmerkungen oder Fragen seitens des Publikums.

Ein Teilnehmer sagt, ihm würden in der Auflistung einige Themen fehlen. Was sei mit der Baumasse? Ist die Baumasse verträglich? Dies sei eine Frage, die die Anwohner beschäftigt. Wie stark sei die Politik einbezogen? Es sei ein Skandal, dass nur ein Vertreter der Politik da ist. Wie können wir die Politik beteiligen? Wurde der Versuch nicht unternommen?

Welche direkte Beeinträchtigung haben die Anwohner zu befürchten? Was sei mit zusätzlicher Beschattung, zusätzlichem Lärm, zusätzlicher Unfallgefahr durch Verkehr? Er fragt, ob dies nicht genannt worden sei, er habe es nicht gehört. Er fragt, ob er der einzige sei, der diese Befürchtungen hat?

Herr Prof. Gessenharter sagt, genau das sei der Anlass der heutigen Veranstaltung. Themen fielen natürlich unter den Tisch, wenn sie nicht immer wieder genannt werden. Die Politiker seien natürlich befragt worden. Alle seien zu dem Gespräch bereit gewesen. Sie hätten aber ein Zeitproblem, das sei wohl so.

Ein Teilnehmer wollte Interessen- und Normen-Konflikte noch einmal erläutert haben? Er nennt ein Beispiel für einen Interessenkonflikt, aber was sei ein Normen-Konflikt?

Herr Prof. Gessenharter sagt, beim Interessen-Konflikt spiele Macht eine Rolle, das sei der Grund, warum diese manchmal nicht leicht zu lösen sind.

Ein Normen-Konflikt sei oft eine Aufkündigung von Dialogbereitschaft. Es sei manchmal ein möglicher heraufziehender Konflikt. In Stuttgart gab es diese Bereitschaft nicht mehr. Das könne man sich nicht erlauben.

Ein Teilnehmer sagt, er hätte in den Interviews das Thema Verkehr genannt. Die Einzelprobleme seien aber nicht aufgezählt worden. Es werde durch Verkehr Probleme geben. Hierzu sollte es eine AG geben.

Ein Teilnehmer fragt noch einmal nach, was konkret ein Normen-Konflikt sei? Wie werde der Oberbaudirektor mit den Ergebnissen umgehen? Was passiert mit den Ergebnissen der AGs heute?

Herr Prof. Gessenharter sagt zu der Frage zum Normen-Konflikt: Die Interviews seien zwar vertraulich, aber es wurde gesagt, es gebe Leute, die Egoisten sind und sich als Allgemeinwohl-Träger verstehen. Andere sagen, es gehe vielen ausschließlich um Profite, das könne nicht sein. Normen-Konflikte seien Konflikte, die nicht oder nur ganz schwer verhandelbar sind. Bei der Frage nach dem Umgang mit den Ergebnissen geht Gessenharter davon aus, dass die endgültigen Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger von der Politik entweder umgesetzt werden oder öffentlich begründet wird, warum dies nicht geschehen könne.

Stimme aus dem Publikum: Was macht man bei einem Normen-Konflikt? Wird die Politik moderieren, einen Kompromiss finden, Investoren in ihre Schranken weisen?

Herr Prof. Gessenharter: Es mag unklare Situationen geben. Dann gibt es parlamentarische Gremien und die von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, die dann zum Zuge kommen.

Er warne aber vor Entscheidungen, bei denen immer mit einer großen Anzahl von Verlierern zu rechnen sei. Sinnvoller sei, einen Weg zu suchen, der Kompromisse ermöglicht.

Ein Teilnehmer sagt, dass sein Interview nicht anonymisiert werden brauche. Er gebe es frei.

Markus Birzer sagt, es solle kein Rückschluss auf Personen möglich sein, es sei denn, das werde ausdrücklich gewünscht. Ein zusätzliches Problem, das die Interviews zu Tage gebracht hätten, sei, dass Begriffe und Prozesse nicht immer klar verstanden worden seien. Er hätte daher die Vertreter der BSU gebeten, noch einmal das Verfahren und wichtige Begriffe zu erläutern.

Herr Johannes Gerdemann (BSU) und Team präsentieren (vgl. Präsentation). Er skizziert die groben Blöcke des Gesamtverfahrens.

Er erläutert das Masterplanverfahren und beschreibt die Bürgerbeteiligung zum Masterplan. Er erklärt den Begriff „qualitatives Leitbild“, das entwickelt werden soll. Teilweise seien die dazu gehörigen Themen bereits diskutiert worden. Diese und andere neue Themen sollen in diesem und dem folgenden Workshop aufgegriffen werden. Ein Beteiligungsformat hierzu ist noch nicht konfiguriert und muss noch entwickelt werden.

Er erläutert den Schritt Bebauungsplan, der erst in der letzten Phase, auch mit Gesetzeskraft, festgelegt wird. Hierzu gehöre auch der Freiraumwettbewerb. Die präzise Ausformulierung soll in eigenem Wettbewerb stattfinden und soll auch mit den Bürgern diskutiert werden. Man wolle die Treffsicherheit erhöhen.

Zur Frage, was mit den Ergebnissen passiere, sagt er: Die drei Termine im August und September sind eine Einheit, ein Gesamtpaket und die Ergebnisse sollen in die Entscheidung zum Masterplan einfließen; sie werden den Politikern vorgelegt zusammen mit dem Masterplan. Sie werden somit in den Entscheidungsprozess von Senat und Bürgerschaft einfließen.

Ein Teilnehmer fragt, ob er dies präzisieren könne. Was sei seine Absicht damit? Wie soll mit den Ergebnissen, teils Zündstoff aus den Dialogischen Interviews, umgegangen werden?

Ein Teilnehmer sagt, es habe bei einer der letzten Veranstaltungen eine Ansage der BSU gegeben, zu welchen Themen keine Beteiligung stattfinden wird, so zum Beispiel beim Thema Bruttogeschoßfläche (BGF) usw.. Steht das noch? Ist es denn sinnvoll, was hier gemacht wird.

Oberbaudirektor Prof. Walter sagt, am Ende beschließen die Gremien der Stadt. Die BSU bereite das vor. Masterplanbeschluss, Vorbehaltsgebiet usw., BGF, Park, Wohnungsbau: Am Ende müsse geprüft werden, was bezahlbar ist. Diese Veranstaltung solle natürlich dazu beitragen. Man habe Größenordnungen vorgelegt, aber es sei im Grunde genommen noch Diskussionsgegenstand und am Ende müsse abgewogen werden, auch zum Verkehr.

Ein Teilnehmer sagt, er habe bislang nur von zwei Gruppen gehört: Bürger und Politik (Bezirk, BSU usw.). Eine dritte Gruppe sei die der Eigentümer: Können Sie den Prozess diesbezüglich skizzieren? Gibt es hier Wechsel? Was hat es mit „Panther XYZ“ auf sich?

Ein Teilnehmer fragt: Welche Möglichkeiten hat die Stadt, über den Bebauungsplan Druck auf eine bestimmte Art der Bebauung auszuüben, wenn es Privatbesitz ist?

Ein Teilnehmer fragt nach Transparenz: Die Frage nach der BGF spielt eine Rolle dafür, was bezahlbar ist – laut Oberbaudirektor Walter? Aber inwieweit werden die Rechnungen offengelegt?

Ein Teilnehmer: Mir ist wichtig, dass ein Vergleich stattfindet zwischen „Was haben die Bürger damals entschieden“ und „Was ist der jetzige Stand?“ Und können Sie uns etwas dazu sagen, wie die Bahn zur Bahnverlagerung steht? Können Sie etwas zum Stand in Bezug auf eine Entscheidung zum Vorbehaltsgebiet sagen?

Ein Teilnehmerin sagt, es sei ein Aushandlungsprozess zwischen Bezirk, BSU und Eigentümern. Was könne man den Eigentümern übergeben und in die Verträge schreiben. Dies sei auch bitte zu erläutern. Abwendungserklärungen, städtebauliche Verträge,... – es sei kompliziert, die Prozesse zu begreifen. Sie bittet, doch die Dinge so zu nennen, wie sie sind. Etwa der Begriff „Leitbildentwicklung“ verwirre. Der Begriff „Sozio-kulturelle Infrastruktur“ würde es doch deutlich vereinfachen.

Herr Gerdemann schlägt AGs hierzu vor. Das sei mit Sinn dieser Veranstaltung heute. Beim nächsten Mal sollen dann Themen auch ggf. vertieft werden. Einige angesprochene Themen sind teils noch nicht geklärt, teils sehr komplex. Das Plenum, also diese große Runde, sei evtl. nicht dafür geeignet, das hinreichend zu erläutern.

Zu den Rahmenbedingungen sagt Oberbaudirektor Prof. Walter: Kernpunkte seien, die Planungshoheit liegt bei der Stadt, den politischen Gremien. Die Stadt kann gegen Eigentümer entscheiden. Unsere Aufgabe ist es, Wohnungen zu schaffen. Altona ist diesbezüglich eine Chance für Hamburg, wir müssen nicht in die Peripherie, um Neues zu schaffen.

Eigentümer seien durchaus heute vertreten. Man führe mit ihnen Gespräche in regelmäßigem Turnus. Man müsse schauen, inwieweit man sich einig werde.

Die Erschließung dieser Fläche koste Geld. Am Ende der Reise stehe die Summe der vielen Forderungen, die gegeneinander abgewogen werden müssen. Rechtlich hat auch die Bürgerschaft Grenzen, man kann nicht zu Unwirtschaftlichkeit zwingen. Am Ende zählt mitunter: Wie hoch ist die Wertsteigerung? Die Summe der Belastungen muss abgewogen werden gegen mögliche Gewinne. Haushaltsbelastungen spielen eine Rolle. „Ist Schulbau wichtiger als anderes?“ und so weiter.

Am Ende müsse Bilanz gezogen werden: Was können wir umsetzen, was können wir Eigentümern auferlegen. Park, Straßenbau und Kindergärten sollen zum jetzigen Stand mit von den Eigentümern getragen werden. Der Straßenbau wird auch mit bei den Eigentümern gesehen. Das würde man auch in einem Vertrag festschreiben. Inwieweit man sich verständigen könne, das werde sich zeigen? Die Stadt werde aber mit bezahlen müssen. Allein die Erschließung...

Ein Teilnehmer skizziert das Modell aus München. Das sei Erfahrung. Herr Scheuermann (BSU) sage, das gehe in Hamburg nicht, weil hier die Grundstückspreise zu niedrig sind. Das könne nicht sein.

Oberbaudirektor Prof. Walter entgegnet, man habe Gutachterausschüsse, die Bewertungen machen. Die Bürgerschaft nehme das sehr wohl zur Kenntnis. Man müsse rechtlich begründen, was man wem zumuten könne. Man möge diesen Punkt in einer AG vertiefen.

Ein Teilnehmer, der sich zuvor gemeldet hatte, bittet um Antwort zu seinen vorgetragenen Themen Bezirk/Stadt/Vorbehaltsgebiet und Entscheidung Bahnhofverlegung.

Oberbaudirektor Prof. Walter sagt dazu, eine Entscheidung der Bahn stehe aus. Sie sei teils natürlich ein schwieriger Partner. Aber die Entscheidung sei auch abhängig von der Bundespolitik. Die Momentsituation sei, der Beschluss stehe aus. Mehr sei momentan nicht dazu zu sagen.

Zum Vorbehaltsgebiet sagt er, die alte Drucksache sei zurückgenommen worden. Man suche ein Verfahren, das beide Seiten zusammenbringt. Das sei in Vorbereitung. Es muss noch durch alle Gremien und wird gerade vorbereitet.

Ein Teilnehmer erkennt einen Widerspruch. Laut einer Folie von Herrn Gerdemann sei Anlass für das Verfahren die Verlegung des Bahnhofs. Herr Walter sage aber, die Entscheidung stehe aus. Man mache den Wettbewerb ohne Leitbild. Überlegungen zum autofreien Wohnen etwa müssten doch vor dem Wettbewerb angestellt werden. Könne man es nicht einfach sein lassen, solange die Bahn noch nicht entschieden hat? Man agiere auf sehr unsicherem Grund. Das geht doch alles sehr durcheinander.

Eine Teilnehmerin sagt zur Methodik der Veranstaltung, dass sie die Sammlung von Fragen sehr unglücklich finde. Wieso kann das nicht direkt beantwortet werden? Sie würde begrüßen, wenn jede Frage einzeln beantwortet werde.

Herr Birzer kündigt an, dies in Zukunft zu tun.

Oberbaudirektor Prof. Walter sagt zur Frage nach dem Anlass, dass es richtig sei, dass der ursprüngliche Anlass die Verlegung des Bahnhofs Altona sei. Überlegungen seien dann eingeleitet worden. Es gebe zwei Beschlussstufen. Man warte auf die nächste Stufe, den Start des Verfahrens. Ein dritter Beschluss der Bahn wäre dann: Wir bauen.

Ein Teil der Flächen (Bauabschnitt I) seien schon heute entwidmete Bahnflächen, die man bereits besiedeln könne. Die erste Stufe wären die heute schon freien Flächen, die man auch schon entwickeln könne – ohne Entscheidung zu Bauabschnitt II. Ein zweiter Anlass mit Holsten Carlsberg sei später dazu gekommen. Hier wurde Fläche für Wohnnutzung frei. Es bleibt vernünftig, über die Frage nachzudenken, wie das Gebiet weiterzuentwickeln ist.

Eine Teilnehmerin fragt: Wo ist die Vertragsgestaltung im Ablaufplan?

Herr Gerdemann antwortet, man wollte es vereinfachen, weshalb nicht alles in der Darstellung verzeichnet ist. Wann das genau passiert, ist schwierig auf dem Kalender darzustellen. Dinge müssen sich präzisieren, bis von Eigentümern und Stadt entschieden werden kann. Man sollte diese Frage vielleicht vertiefend in einer AG behandeln. Zumindest die Entscheidung des Senats ist Voraussetzung für Verhandlungen.

Für die Teilnehmerin ist es wichtig zu wissen, wann die Vertragsverhandlungen stattfinden, wenn ein Beteiligungsinstrumentarium vorgelegt werde. „Wann Beteiligung?“ sei abhängig von „Wann Entscheidungen?“.

Oberbaudirektor Prof. Walter führt zu den Eckpunkten aus, der Masterplanbeschluss sei Grundlage mit gewisser Verbindlichkeit, aber nicht ganz verbindlich. Abwendungsvereinbarung werden wohl erst nach dem Masterplanbeschluss stattfinden können. Man strebe an, bis Ende 2011 den Masterplanbeschluss zu haben. Parallel beginne man natürlich mit einem groben Gerüst. Unterschreibbar wird es erst dann sein, wenn eine Sicherung der Gegenleistung gewährleistet ist.

Zur Abwendungsvereinbarung erläutert er, man habe ein spezielles Städtebaurecht und spezielle Rechte im Hinblick darauf, ob man selber entwickeln oder von einem Dritten entwickeln lasse. Man verfolge die Abwendung einer Erklärung des Entwicklungsgebietes. Wenn ein Eigentümer sich privat verpflichtet, zu tun, was Stadt gerne sehen würde, kann der Vertrag geschlossen werden. Wenn die Stadt es selbst machen sollte, übernehme man mit allen finanziellen und fiskalischen Folgen die weitere Abwicklung der Prozesse.

Markus Birzer leitet über zu den Arbeitsgruppen. Es findet eine Abstimmung statt, wer weiter im Plenum arbeiten will und wer in die Arbeitsgruppen-Phase gehen will. Das Ergebnis: Eine kleine Mehrheit für die Arbeitsgruppen.

Markus Birzer erklärt die Open Space-Methode im Detail und eröffnet den „Marktplatz“, in dem die Vorschläge für Arbeitsgruppen gemacht werden können. Im Anschluss arbeiten die Teilnehmenden in zwei Mal einer Stunde an verschiedenen Themen.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden zum Abschluss im Plenum präsentiert. Jede Arbeitsgruppe erstellt ein Protokoll (<http://www.hamburg.de/start-buergerdialog/> - Ergebnisse der Arbeitsgruppen).

---

### **Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse:**

#### **ARBEITSGRUPPE „VERKEHR“**

Besonders wichtig sei gewesen das Thema Autofreies bzw. Autoarmes Wohnen. Man wolle keine Durchgangsverkehre und Tempo 30 im Neugebiet. Der Umweltverbund solle Vorrang bekommen. Die Verkehrsbelastungen dürften kein Unmaß erreichen. Wichtiges Thema sei auch der Lessingtunnel.

Ein Lärmgutachten sei wichtig, ebenso eine neue S-Bahn-Haltestelle.

Es stelle sich die Frage, was passiert mit dem Verkehr, wenn nur der Bauabschnitt I realisiert wird, z.B. in der Harkotstraße?

#### **ARBEITSGRUPPE „WOHNEN“**

Man wolle barrierefrei, altersgerecht, ökologische, familiengerecht und gut durchmischte Wohnen. Ziele und Wünsche seien auch: Mietwohnungen, die dem Mietniveau entsprechend der Einkommensstatistik entsprechen und eine Mischung aus Jung und Alt. Die Frage sei, wie man dies erreichen könne. Diskutiert worden seien Quartiersmanagement, Begegnungsstätten, etc.

Ein weiteres Stichwort seien „Sozialstützpunkte“.

Ebenerdige Zuwege für Rollstuhlfahrer müssten berücksichtigt werden.

Sinnvoll sei eine gute nachbarschaftliche Mischung.



Geschützte Flächen, Innenräume oder-höfe, z.B. für Kinder seien wichtig. Konfliktlösungsstätten sollten gefunden werden.

Die Freiflächen sollten zur Nutzung, etwa für Gärten für die Nutzer/Mieter, zur Verfügung stehen. Eine individuelle Gestaltung der Häuser wäre wünschenswert, nicht alles soll gleich aussehen. Ebenso variable Grundrisse der Wohnungen seien diskutiert worden.

Ein Teilnehmer fragt nach, ob auch Baumasse oder Höhe/Geschossigkeit behandelt worden seien. Dies wird verneint.

#### **ARBEITSGRUPPE „PARZELLIERUNG FÜR BAUGEMEINSCHAFTEN“**

Als Ziele/Wünsche wurden genannt:

- Kleinere Parzellen für 12–20 Wohneinheiten
- Mehrere BG in einem Baublock
- Fragen zum ruhenden Verkehr gemeinsam lösen
- Quartiersgarage als Alternative
- Anteil der Baugemeinschaften: Mindestens 20 Prozent sei die Regel? Die Forderung sei mindestens 30 Prozent. Andere Städte würden Konversionsflächen komplett mit Baugemeinschaften füllen
- Parzellen können für gesunde soziale Mischung sorgen
- Nicht nur B-Lagen an Baugemeinschaften

#### **ARBEITSGRUPPE „BESTANDSINTEGRATION, NUTZUNGSMISCHUNG“**

Der Vortragende plädiert nach seiner Präsentation der Ergebnisse dafür, alternativen Ansätzen Raum zu geben. Beispiel sei die Harkortstraße 123: Man solle doch bitte auch über deren Alternativentwürfe nachdenken. Die Andersartigkeit könne zu einer bunten Vielfalt im Quartier beitragen. Dieser „komische Zahn“ könne wertvoll sein. Es soll ein vielfältiger, bunter Stadtteil werden.

Eine Skizze, die erstellt worden war, wird zur Verfügung gestellt werden (als Anhang zum Live-Protokoll).

Ein Teilnehmer fragt nach, was soll neben dem Denkmalsgeschützten erhalten werden solle – das sollte differenziert werden. Man sollte sich auch Gedanken über Großgewerbe machen.

Ein Teilnehmer der Arbeitsgruppe erwidert, dies sei problematisiert worden, aber Entschleunigung sei wichtig. Man solle dies ggf. temporär zulassen, um Druck aus der Entwicklung zu nehmen. Man könne nicht alles zu jedem Preis. Es müsse Zeit bleiben, die Räume zu entwickeln.

#### **ARBEITSGRUPPE VERTEILUNG DER GRÜN-/ FREI- UND BAUFLÄCHEN FÜR I. BAUABSCHNITT**

Die Vortragende schlägt vor, dass, solange der Abschnitt II nicht umgesetzt sei, in Abschnitt I Bauflächen als Grün- und Freiflächen genutzt werden sollten. Eine Bebauung solle erst bei Realisierung von Abschnitt II folgen.

Eine Frage sei auch, wie verändert sich das Klima, welches Klima wird im neuen Stadtteil herrschen. Klimagutachten sollen über Ergebnisse des Gutachtens informiert werden. Genauso zu Lärm und Beschattung.

Ein Teilnehmer aus dem Plenum merkt an, dass, wenn die Fläche I gestaffelt bebaut werde, dann diejenigen, die schon eingezogen seien, dann eine Baustelle in der Umgebung hätten.

Ein Teilnehmer fragt nach, ob die schlechte Verteilung der Grünflächen in Abschnitt I und II berücksichtigt worden seien.

Die Vortragende gibt zur Antwort, man habe keine Änderung am Endverhältnis diskutiert, aber dem könne man begegnen durch sukzessive Bebauung

**ARBEITSGRUPPE „EINE MITTE FÜR ALLE“ (S. NACHFOLGENDE BILDER)**

Man habe es begrüßt, so die Vortragende, dass in der Gruppe auch Teilnehmer der BSU gewesen seien. Man habe einen Dialog führen können.

6



## Eine Mitte für Alle - eine inklusive soziale / kulturelle Infrastruktur für 0-12 Jahre

**Inhalte:**

- mitmachen/mitgestalten in Stadtteil-entwicklung
- Frage, wie entsteht Stadt

- Nachbarschaft
- wie kann man eine Lebensqualität mitgestalten?
- wie kann man gut alt werden im Viertel
- demographische Entwicklung mitdenken
- Bildung
- alternative Wohnformen / Vielfalt miteinbeziehen (Lats bauen)

z.B. beim Stadtplan 26  
Beteiligungsprozesse (beim Schulbau, Parkentwicklung...)  
Beteiligung, Klug organisieren  
soziale <sup>Stadtteilentwicklung</sup> ~~Entwicklungs~~, ohne "Watsche von oben"

### Ziele / Wünsche:

- im Alter nicht an den Rand geschickt werden
- alteingesichertes Wohnen
- Beteiligung, Klug organisieren
- Soziale <sup>Stadtteilentwicklung</sup> ~~Entwicklungs~~, ohne "Watsche von oben"
- im Alter nicht an den Rand geschickt werden
- alteingesichertes Wohnen
- Beteiligung, Klug organisieren
- Soziale <sup>Stadtteilentwicklung</sup> ~~Entwicklungs~~, ohne "Watsche von oben"
- im Alter nicht an den Rand geschickt werden
- alteingesichertes Wohnen
- Beteiligung, Klug organisieren
- Soziale <sup>Stadtteilentwicklung</sup> ~~Entwicklungs~~, ohne "Watsche von oben"
- im Alter nicht an den Rand geschickt werden
- alteingesichertes Wohnen
- Beteiligung, Klug organisieren
- Soziale <sup>Stadtteilentwicklung</sup> ~~Entwicklungs~~, ohne "Watsche von oben"

### Maßnahmen / Empfehlungen:

- Bildungszeiten für Alle
- öffentliche Räume für Alle

Judith Hanel <sup>Arbeitsplan Koordinierungsgruppe</sup> - Projekt 08 Neustadt  
Christina von Bülow <sup>BSL</sup> Öffentlichkeitsarbeit  
Silke Edelhof / Stadtplanung & Bauwesen  
Elisabeth Esslinger / Schulaktivierung & eigene Wohnprojekte  
Johannes Gerde / BSL  
Erich Fölling <sup>Supervisor & Organisationsberatung</sup> + Lebendiges Altona + Auswähler

**Inhalte**

Konkrete Beteiligungsformen finden mit dem Ziel, dass alle zufrieden sind  
→ Beteiligung als Prozess

wie verschiedene Interessen unter einen Hut bekommen - geht konkret

Kirche - Räume  
Räume gemeinsam nutzen - verschiedene Konfessionen  
Schulen müssen Trage, wie gehen wir mit unserem Jort, Annahmen um

so planen, dass es 10-20 Jahre vor den Klamm vorne beginnen  
→ nicht immer wieder von vorne beginnen  
→ Beteiligung altersübergreifend

Inklusion = nicht am Rand, sondern gemischt wohnen/Infrastruktur

Was müssen wir in früher Phase schon beachten?

erst planen, wie Infrastruktur aus-sehen soll → dann konkrete Hardware

Vor Masterplan entwickeln

Experimentier-räume erhalten

Kriterien/Leitbild vorab entwickeln

Wären wir soll da wohnen → Kriterien/Leitbild vorab entwickeln

Wohnung für Atoja/Assistentin nach mitbestimmen

**Ziele/Wünsche**

Übergänge organisieren mit konkreter Platzgestaltung

Beteiligungskultur entwickeln

Mut zum Experiment ("Bienen in Städten ansiedeln")  
↳ neue Gedanken, Visionen, ...

Kinder brauchen auch Wildnis

die müssen Räume organisiert sein, dass sich viel treffen?

Wann, wie viel Teilzeitarbeit ist machbar / wann soll (gute Idee es werden)

nicht alle Häuser schon planen - offene Räume für ...

Was müssen die Häuser noch drauf haben, dass sie stehen?

→ darüber Demokratie lernen

SchülerInnen u.a. dazu befähigen

diesen Prozess mit durch Schüler gestalten

"Anwaltsplanung" Anwaltschaft etc für Natur ...

Projekt "Bürgerlich" Lernen durch Engagement

Dogma tickt Linke  
Wolfgang Gessenhardt  
Wolfgang Brauer  
Christoph Rada;

Atoja  
Anwohner  
Atoja Wohnprojekt

### **ARBEITSGRUPPE „BETEILIGUNG IM VERFAHREN“**

Nach der Präsentation durch den Vortragenden fragt ein Teilnehmer nach der angesprochenen Koordinierungsgruppe. Diese würde auf die Vermittlung der Planungen Einfluss nehmen können sowie auf die Planungen selbst. Es stelle sich die Frage, wer würde denn daran teilnehmen?

Der Vortragende sagt, der Prozess „Zukunftsplan Altona“ habe gezeigt, dass die Zusammensetzung interdisziplinär sein müsste. Politik, Verwaltung und Bürger müssten vertreten sein. Aber vorher müsse geklärt werden, ob die Politik, die Verwaltung das denn will.

Markus Birzer empfiehlt, das Thema beim nächsten Workshop, einem Themenworkshop, zu vertiefen. So auch Beteiligung, Städtebau, soziale Mischung etc. – vielleicht könne hier auch gemeinsam mit der BSU geprüft werden, ob und wie das machbar sei.

Herr Gerdemann betont, das Verfahren habe eine andere Grundlage als der Zukunftsplan. Es müsste geprüft werden, was hier möglich ist. Man soll bitte differenzieren zwischen Zukunftsplan und Mitte Altona.

Ein Teilnehmer sagt, dass, wenn man eine Koordinierungsgruppe etablieren würde, eine Wahl notwendig sei. Die Teilnahme dürfe nicht nach Interesse sein, sondern müsste einen Rückhalt aus der Bevölkerung haben.

Ein Teilnehmer sagt, dass die Wahl der Juryteilnehmer eher eine Ad-hoc Situation gewesen sei. Dem müsste vorgebeugt werden.

Markus Birzer bittet darum, das Thema am 27. August zu vertiefen.

### **ARBEITSGRUPPE „WERTSCHÖPFUNG, INVESTORENGEWINNE, STÄDTEBAULICHER VERTRAG“**

Nach der Präsentation fragt ein Teilnehmer, ob die Berechnungen die Kosten für die Grundstückssanierung beinhalten.

Der Vortragende erwidert, dass man von Gewinn spreche, die Sanierungskosten seien bereits abgezogen.

Ein Teilnehmer berichtet, dass es heute ein Versprechen von der Behörde gegeben habe, am 27. viel aktuellere Zahlen vorzulegen. Er möchte, dass das nicht vergessen wird.

Ein anderer Teilnehmer berichtet, dass man verabredet habe, nur das vorzulegen, was auch vorgelegt werden kann.

Herr Gerdemann führt aus, was mit den Ergebnissen passiert. Man werde das Zusammengebrachte auswerten, am 27. noch einmal vorstellen und alles werde zu einem Teil der Masterplanvorlage, die den entscheidenden Gremien mit der Beschluss Sache vorgelegt wird.

Markus Birzer nennt die nächsten Termine.

27. August, 10–17 Uhr nächster Workshop, Themenworkshop  
15. September, 19–21 Uhr, Bürgerforum  
beides in der Aula Louise Schroeder Schule.

Herr Gerdemann sagt, am 27. sollen auch Vertreter der Eigentümer anwesend sein.

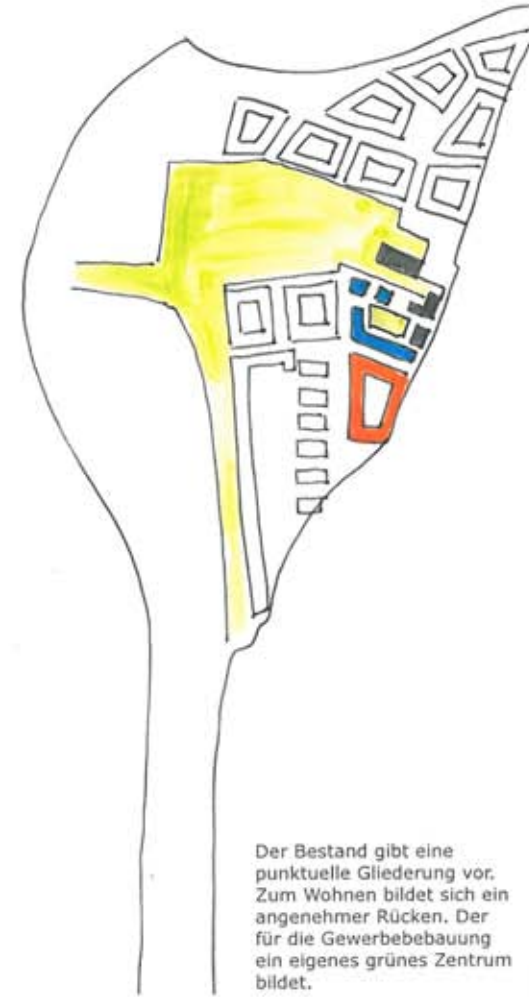
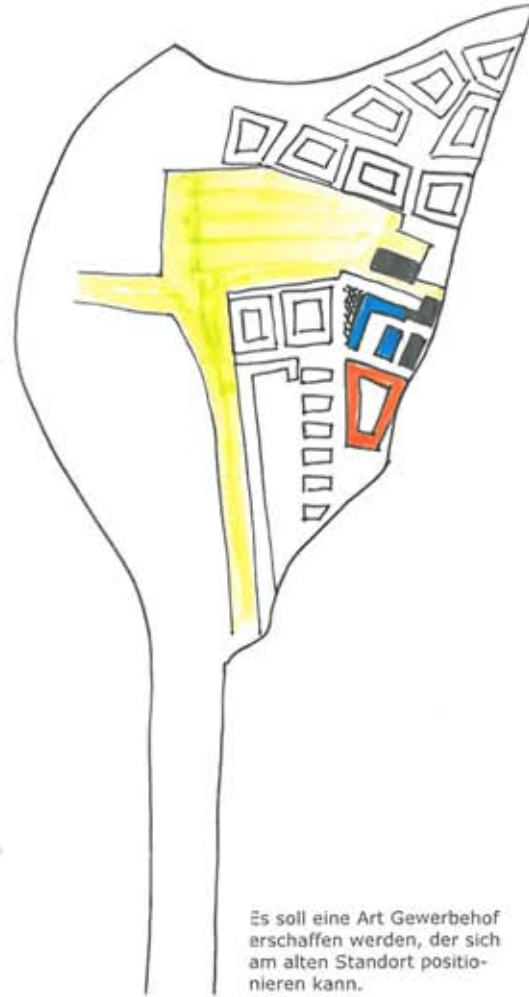
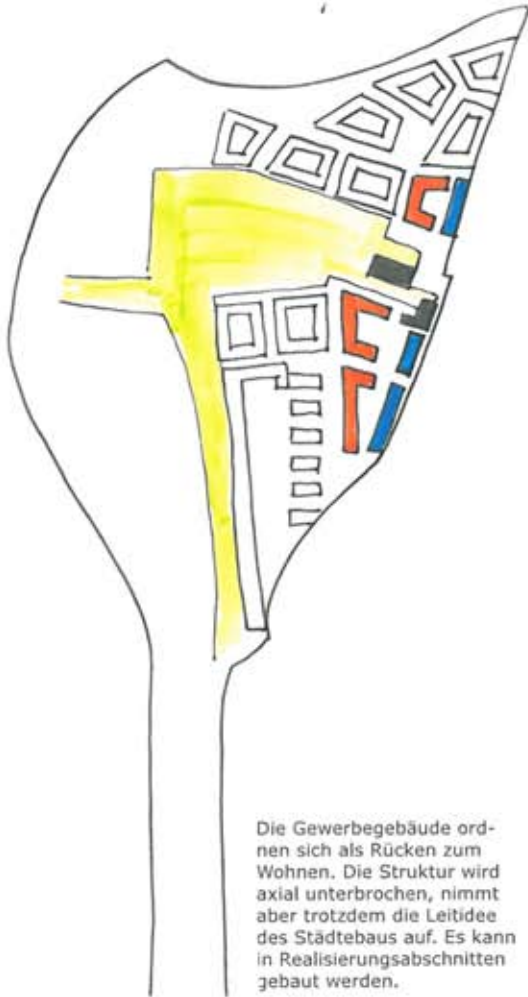
Oberbaudirektor Prof. Walter spricht das Schlusswort. Die Diskussionen seien fruchtbar, sachlich und kompetent gewesen. Er sagt: „Lassen Sie uns heute noch die vielleicht inzwischen etwas selten gewordene Sonne nutzen...“

(Applaus)

**Anhang:**

Skizze zur Arbeitsgruppe „Bestandsintegration, Nutzungsmischung“

# Neue Mitte Altona - Bestandsintegration - Masterplan



- Bestand
- Grünfläche
- Gewerbe
- Wohnen